

# SPD

## Fraktion im Bezirksrat der

Landeshauptstadt Hannover

Drucksache Nr. 15-0682/2006 N1

Döhren-Wülfel

Christine Ranke-Heck, Loccumer Str. 9, 30519 Hannover

26.04.2006

An den Bezirksbürgermeister im  
Stadtbezirk Döhren-Wülfel  
Herrn Arno Kirse  
über den Fachbereich für zentrale Dienste  
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten

**Antrag** gem. § 11 der GO des Rates der Landeshauptstadt Hannover in  
die Sitzung des Bezirksrates am 11.05.2006

### **Standorterhaltung des KSD im Stadtbezirk Döhren-Wülfel**

#### **Der Bezirksrat möge beschließen:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Mitarbeiter des KSD, die für unseren Stadtbezirk Döhren-Wülfel zuständig sind, auch weiterhin direkt vor Ort, in Räumlichkeiten, die sich in unserem Stadtbezirk befinden, unterzubringen. Es soll auch künftig für die ratsuchenden Bürgern möglich sein sich direkt im Stadtbezirk an Mitarbeiter des KSD zu wenden.

Andere Regelungen dürfen erst getroffen werden, wenn eine einvernehmliche Lösung für alle Beteiligten gefunden wurde. Der Bezirksrat Döhren-Wülfel ist in die Beratungen mit einzubeziehen.

#### **Begründung:**

Die KSD-Mitarbeiter aus unserem Stadtbezirk werden nach Bemerode verlagert. Damit gibt es in Döhren-Wülfel keine Anlaufstelle mehr für Ratsuchende. Alle, die die Hilfe des KSD benötigen, müssen künftig nach Bemerode fahren.

Besonders den Stadtteil Mittelfeld würde diese Maßnahme empfindlich treffen. Durch die Besonderheiten in der Bewohnerstruktur wurde dieser Stadtteil in das Programm "Soziale Stadt" aufgenommen. Gerade hier ist es wichtig, weiterhin direkt vor Ort die zentrale Anlaufstelle zu erhalten. Einem Stadtteil, der sich stabilisiert, einen wichtigen Pfeiler zu entziehen, hat schwerwiegende Folgen. Die bisher geleistete Arbeit kann nur langfristige Erfolge zeigen, wenn die Kontinuität gewährleistet bleibt. Der Personenkreis, der die Hilfe des KSD in Anspruch nimmt, reagiert empfindlich auf Veränderungen und deshalb sollte die Möglichkeit erhalten bleiben, vertraute Gegebenheiten weiter zu nutzen.

Außerdem würden für alle Beteiligten keine zusätzlichen Fahrtkosten entstehen, wenn weiter die Betreuung vor Ort erhalten bleibt.

Christine Ranke-Heck  
Fraktionsvorsitzende